



Pressemitteilung vom 30.03.2022

Adelheidstr. 1
06484 Quedlinburg
Tel: 03946/708906
Fax: 03946/708907
E-mail: sachsen-anhalt@bauernbund.de
Internet: www.bauernbund.de

Bauernbund fordert ein kurzfristiges Umdenken in der Agrarpolitik

Forderungspapier zur Agrarministerkonferenz 2022 übergeben

Im Vorfeld der heute beginnenden Agrarministerkonferenz unter dem Vorsitz von Sachsen-Anhalt hat der Bauernbund gemeinsam mit fünf weiteren landwirtschaftlichen Organisationen ein Forderungspapier an den Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten Sven Schulze und an seinen Staatssekretär Zender vor dem Landtag in Magdeburg übergeben.

Die derzeit geplanten Regularien der künftigen gemeinsamen Agrarpolitik gilt es qualifiziert zu überarbeiten.

Die unterzeichnenden landwirtschaftlichen Organisationen fordern daher:

1. Die Versorgungssicherheit in Deutschland mit einer hohen heimischen Primärproduktion an Nahrungsmitteln und Energie ist zu gewährleisten und hat oberste Priorität bei der zukünftigen Ausrichtung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen.
2. Sämtliche Restriktionen, die zu einer weiteren Verknappung bei der Produktion von Lebensmitteln und Energie führen, sind auszusetzen:
 - a. § 13a Abs. 2 Nr. 1 Düngeverordnung, die Unter-Bedarfs-Düngung in den roten Gebieten;
 - b. die geplante verpflichtende Flächenstilllegung von 4 % ab 2023; gleichzeitig sind
 - c. die bisherigen und bewährten Regelungen zur gemeinsamen Agrarpolitik einstweilen fortzusetzen.
3. Es ist unverzüglich ein Krisen-Notfall-Plan gemeinsam mit den vor- und nachgelagerten Bereichen der Agrarwirtschaft zu erarbeiten.
4. Der deutschen Wirtschaft ist maximale Unterstützung bei der Entwicklung resilienter Wertschöpfungsketten zu gewähren.
5. Eine an der Nachfrage orientierte ökologische Landbewirtschaftung und keine politischen Quotenvorgaben.

„Wir benötigen agrarpolitische Rahmenbedingungen, die wissenschaftlich fundiert, nachhaltig, effizient und ab sofort umzusetzen sind. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Vorgaben aus der EU-Kommission wie z.B. die Möglichkeiten zur Nutzung von produktiven ÖVF-Flächen in diesem Jahr nicht eins zu eins in Deutschland umgesetzt werden! Wir haben Forderungen an die Agrarminister gestellt - nun erwarten wir Ergebnisse. Den AMK-Vorsitzenden Agrarminister Sven Schulze sehen wir als Berufsverband dabei an unserer Seite“, so der Präsident des Bauernbundes Sachsen-Anhalt, Martin Dippe.

V.i.S.d.P.: Martin Dippe, Tel.: 0170-2455897
Annekatriin Valverde; Tel: 0173-4 38 25 35